

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Verlagspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hoffmann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rote Straße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühren
für die sechsgepaltene Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Sanktionen und die Eisen- und Metallindustrie

Mit der Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort scheint der Einschnitt in das deutsche Wirtschaftsleben nach Meinung der gegnerischen Staatenleiker nicht groß genug gewesen zu sein. Die militärische Besetzung ist weiter vorgeschoben und Mülheim an der Ruhr nebst Oberhausen mit ihren umfangreichen Industrieanlagen liegen heute zu einem großen Teile im Bannkreis der Besetzungszone. Die Frage, ob damit der Vormarsch endgültig beendet ist, kann weder mit einem Ja noch mit einem Nein beantwortet werden. Alles ist in Fluss und noch steht keineswegs fest, welche Beschlüsse im Räte der Alliierten noch das Licht der Welt erblicken werden.

Die Eisen- und Metallindustrie ist das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft und derjenige Faktor, der bei all diesen Strangulierungen am meisten zu leiden hat. Auch ist der deutsche Export in der Hauptsache auf denjenigen der Eisen- und Metall-erzeugnisse aufgebaut. Die Metallindustrie und mit ihr die Metallarbeiter werden also die am meisten Leidtragenden bei den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen sein. Dies tritt schon rein technisch in Erscheinung, indem durch den in das Herz der deutschen Eisen- und Stahlindustrie tief einschneidenden Keil der militärischen Besetzung Betriebe und Industrieanlagen, die nur zusammenhängend funktionieren können, voneinander getrennt werden. Wer das rheinisch-westfälische Industriegebiet kennt, der weiß, daß dieser Wirtschaftskomplex ein ineinander greifendes Uhrwerk ist. Die Produktivkraft der Schwerindustrie beruht auf dem System der gemischten Werke, von Kohlenzeche und Hüttenbetrieb. Hütte und Zeche sind heute untrennbare Teile eines Ganzen. Deshalb sind die Industriestabilmamente heute Komplexe von gewaltiger Ausdehnung. Durch solche Produktionskomplexe hindurch geht nun die Linie der Besetzungszone, einen zusammenhängenden Betrieb einfach in zwei Hälften teilend. In den neu besetzten Teilen des Industriegebietes liegen die großen Hüttenwerke, die Gutehoffnungshütte und andere. Es ist uns vollständig unerklärlich, wie sich die Entente die Jugendarbeit solcher Betriebe vorstellt, die durch eine Besetzungs- und Zolllinie zerstückelt sind.

Im übrigen scheinen die Probleme über die wirtschaftlichen und politischen Zwangsmittel selbst in den Kreisen der Alliierten keineswegs geklärt zu sein. Bezüglich der 50prozentigen Ausfuhrabgabe hat bisher nur das englische Unterhaus einen Gesetzentwurf beraten; danach gestaltet sich die Situation ungefähr folgendermaßen:

1. Der ausländische Käufer hat die in England und Belgien schon auf 50 Prozent als Höchstzölle angelegte Abgabe zu tragen. Die Höhe derselben soll von Zeit zu Zeit neu bestimmt werden, wobei ebenfalls niedrigere Sätze und sogar vollständige Freigabe einzelner Artikel in Frage kommen sollen.
2. Mit der Erhebung werden die Zollbehörden betraut. In Frankreich erfolgt dieses schon für die seit einiger Zeit bestehende Einfuhrumsatzsteuer.
3. Den Zollbehörden wird es anheimgegeben, den wirklichen Wert der Waren zu bestimmen beziehungsweise die hierfür nötige Kontrolle auszuüben, da ja Sonderabmachungen zwischen Käufer und Verkäufer Tor und Türen geöffnet sein werden.
4. Die durch die Zollverwaltung eingenommenen Summen sollen zur Abdeckung der von Deutschland durch den Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen auf ein besonderes Konto verbucht und an den Fiskus abgeführt werden.

Ob die übrigen Länder, namentlich Italien und Amerika, sich diesem mit feierhafter Eile durchzusetzen Gesez in voller Konsequenz anschließen werden, steht noch keineswegs fest. Die wirtschaftliche Struktur und die Ausfuhr- und Einfuhrverhältnisse und -bedürfnisse der einzelnen alliierten Länder sind so grundverschiedener Natur, daß es einem Kenner der Weltwirtschaft ausgesprochen erscheint, alles über einen Kamm zu schlagen. Denn das, was für das hochentwickelte, auf Absatzgebiete ausspannende England richtig ist, kann für Italien gerade von entgegengesetzter Wirkung sein. Aber auch die englische Exportwelt scheint keineswegs aufzuföhren von der Meinung ihres Ministerpräsidenten in bezug auf die generelle Durchfuhrung dieser Maßnahmen überzeugt zu sein. Weht doch schon die Meldung durch die Presse, daß die Durchfuhrwaren von der Abgabe befreit sein sollen. Also, alle englischen Exporteure wämen nach wie vor Waren deutschen Ursprungs kaufen, ohne Gefahr zu laufen, mit der Ausfuhrabgabe belästigt zu sein. Überhaupt werden die Durchfuhrländer, worunter sich auch Belgien befindet, nicht recht wissen, was sie mit den 50 Prozent Durchfuhrabgabe anfangen sollen. Als Durchfuhrländer haben diese Staaten bisher von der deutschen Aus- und Durchfuhr außerordentlich profitiert. Wenn sich diese Maßnahme erst einmal in ihrer vollen Auswirkung zeigen sollte, dann wird es sich auch herausstellen, daß die ökonomische Wirkung derselben außerordentlich zweifelhaft ist. Zweifellos ist der deutsche Markt in der Metall- und Maschinenindustrie als Spezialgebiet für verschiedene Artikel anzusehen, ein Umstand, der auch auf der Leipziger Messe in Erscheinung trat. Wenn nun die Ausfuhr dieser Artikel aus Deutschland aufhört, müßten England, Belgien, Frankreich, Italien und die neutralen Staaten diese oder ähnliche Artikel aus Staaten mit hoher Valuta, z. B. Amerika beziehen. Die Quintessenz würde sein, daß bedeutend höhere Preise gezahlt werden müßten.

Man sieht man bei der Durchfuhr der deutschen Handels- und Fachpresse auf die eigentümlichsten Skapriolen. Da wird vor allem auf die Uneinigkeit der Alliierten spekuliert. Man sollte sich doch nach den unzähligen Entwürfen seit August 1914 endlich einmal diese vagen Hoffnungen aus dem Kopf schlagen! Für uns ist es ohne Zweifel, daß allzugroße Differenzen bei den Entente-Staaten nicht bestehen. Sollten sie

in Erscheinung treten, wird die überragende Macht Englands in der Lage sein, eine Einheitsfront herzustellen. Amerika, über dessen einzuschlagende Taktik man im ungewissen ist, spiegelt sich auch jetzt wieder in manchen Köpfen als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Charakteristisch für die illusionären Hoffnungen auf den Zwiespalt der Entente ist eine Zuschrift eines großen Vertreters der Eisen- und Stahlindustrie des bergischen Landes an den Eisen- und Stahlwareneinfuhrbund, die dieser in der Berg.-Märk. Ztg. vom 19. März veröffentlicht:

„... Zunächst möchte ich die Durchfuhrbarkeit bei der Maßnahme in Frage stellen, wenigstens halte ich eine reifliche Durchfuhrung nur dann für möglich, wenn sowohl die neutralen Staaten, wie zum Beispiel Holland und die Schweiz, ferner aber auch Italien, keine Schwierigkeiten machen würden und wenn ferner die Amerikaner in dem von ihnen besetzten Gebiet die gleichen Maßnahmen wie England und Frankreich treffen würden. Müßten die neutralen Staaten von der Entente Konzeptionen eingebracht werden, so ist damit der Möglichkeit weitgehender Schiebergeschäfte der denkbar größte Vorbehalt gesetzt. Das gleiche würde zutreffen, wenn man den Vereinigten Staaten Konzeptionen machen müßte. Dann würde das von den Amerikanern besetzte Gebiet sich als Schieberelorado ersten Ranges entwickeln. Nehmen aber die Vereinigten Staaten eine Teilnahme an den Maßnahmen der Entente überhaupt ab und gestatten sie den Kommissaren der Entente in dem von ihnen besetzten Gebiet keine selbständigen Handlungen, dann sind die Maßnahmen der Entente überhaupt unmöglich, weil dann die gesamte Einfuhr durch das amerikanische Gebiet erfolgen würde und die Entente nicht mehr in die Lage käme, irgendwie nennenswerte Einnahmen zu erzielen. Sie würden sogar gezwungen sein, besonders Zollgrenzen längs des von den Amerikanern besetzten Gebietes zu errichten.“

Der gute Mann, der dies geschrieben, wiegt sich in dem süßen Traume eines freien Korridors durch das amerikanisch besetzte Gebiet und glaubt, die deutschen Waren würden dort frei hindurchströmen und die Engländer ständen links und rechts davon und hätten das Nachsehen. Obwohl wir keineswegs die Überbestimmung aller zur Entente gehörender Staaten in diesen Fragen voraussetzen, sind wir doch der Meinung, daß der kleine Lord George den folgenden Schritt nicht gewagt hätte, ohne von einem Einverständnis der Alliierten überzeugt zu sein. Hätten wir uns deshalb vor Illusionen. Daß die unseligen Zeiten des „Voces im Westen“ mit all ihren Wirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft und namentlich unsere Valuta wiederkehren werden, darüber muß sich jeder im Klaren sein.

Des ferneren hat man sich in Industrie- und Handelskreisen zu einer anderen stolzen Geste angeschwungen, die aber nach unserer Meinung nur lächerlich wirkt: der Boykott der Ententeausfuhr. Was glaubt man denn damit erreichen zu können? Nicht minder scheint uns die plötzliche Einstellung der laufenden Lieferungen nach dem Auslande verhängnisvoll zu sein. Die Angst, Einbußen zu erleiden, riskieren auf sich nehmen zu müssen, stellt sich hier als Triebfeder heraus. Die Unklarheiten über die Haftpflicht des Deutschen Reiches scheinen zu genügen, um Aufträge nicht zu erfüllen. Die Meinung Lloyd Georges, daß das Deutsche Reich den deutschen Exporteure hinreichend zu entschädigen habe, wird von der deutschen Regierung bisher dahingehend beantwortet, daß sie eine Entschädigung ablehnt. Würde sie die Haftpflicht anerkennen, dann würde sie de facto die Sanktionen als für die Reichskasse verbindlich betrachten. Die Meinungen der deutschen Exporteure in dieser Beziehung gehen dahin, daß ihnen nicht zugemutet werden könne, zugunsten des Reiches die Wiedergutmachungsforderungen aus ihrer Tasche zu bezahlen. Ob die deutsche Regierung bei ihrer Weigerung, eine Haft zu leisten, auf die Dauer verharren kann, erscheint zweifelhaft. Schließlich wird es doch dahin kommen, die von den Alliierten an Stelle des 50prozentigen Abzuges ausgegebenen Bons zur Distontierung bei der Reichsbank zuzulassen.

In Anbetracht dessen, daß schon heute durch überstürzte Einstellung von eingegangenen Lieferungen seitens deutscher Exporteure die Krise nicht unweitlich gefördert wird, ist es zu begrüßen, wenn einige Firmen zur Warnung mahnen. So schreibt ein großes Exporteurgeschäft des unbesetzten Gebietes: „... Die fortwährend herausgegebenen Anweisungen einzelner Verbände, Handelskammern usw., vorläufig überhaupt keine Ausfuhr mit den feindlichen Ländern zu tätigen, gibt absolut keine praktische Lösung für die in vielen Fällen eintretende Sachlage, bei der der Exporteur entgegen genauer Abmachungen seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und dem Käufer gegenüber schadenersatzpflichtig wird.“ Und ein anderes Geschäft schreibt:

„Wichtig ist es, daß die Industrie die Schäden still und ohne laute Klagen erträgt, daß sie auch plötzlich eintretende Absatzrückstellungen nicht sofort zu Arbeitsreduzierungen oder gar Arbeitsentlassungen benutzt, sondern, wo irgend möglich, versucht, kurze Zeit auf Lager zu arbeiten. Wichtiger als je ist es, in der Industrie die Nerven zu befestigen und auch nicht durch falsche Maßnahmen die Widerstandskraft unserer Arbeitnehmer zu erschüttern. Es gilt auch in diesem Falle, daß diejenige der Parteien siegen wird, die die härtesten Nerven hat. Und darin sollten wir aus dem unglücklichen Ausgange des Krieges gelernt haben.“

Es stellt sich die deutsche Eisen- und Stahlindustrie im Zwielicht der Sanktionen als ein schwankendes Bild heraus, wo es allerseits notwendig ist, starke Nerven zu behaupten. Es wird Aufgabe der Betriebsräte sein, darüber zu wachen, daß kurzschichtige Unternehmer durch übereilte Maßnahmen die Wirtschaft nicht unnützlich verzerren.

Die Internationale der Gewerkschaften wird am 31. März in Amsterdam ihre Parolen verkünden. Es wird sich zeigen, daß nur diese Maßnahmen allein eine Basis bilden, die Welt wirtschaftlich und politisch zur Gewinnung zu bringen.

Der Stuttgarter Verbandstag und der Vorstand des D. M.-V.

Von Rob. Dismann.

Es liegt nicht in unserer Absicht, dem nächsten Verbandstag in der Erstattung des dort zu gebenden Rechenschaftsberichts des Vorstandes vorzugreifen. Doch die Interessen der Organisation drücken mir die Feder in die Hand. Gegenüber dem seit einer Reihe von Monaten geführten planmäßigen „Feldzug“ gegen den Vorstand und die von ihm und der überwältigenden Mehrheit der Verbandsfunktionäre eingenommenen Haltung ist ein längeres Schweigen nicht mehr am Platze. Nicht nur, daß unsere Widersacher ein Schweigen auf die fortgesetzten Angriffe falsch auslegen, sondern — und das ist das weit Schlimmere! — die Interessen der Organisation geraten dabei in ernste Gefahr. Sind doch unsere gegnerischen Organisationen mit schmahendem Behagen dabei, in jeder Nummer ihres Organs ihren Anhängern zu servieren, was von unseren „Freunden“ täglich gegen uns geschrieben wird. Man braucht nur die gegnerische Presse zur Hand zu nehmen: „Seht, so sind sie!“ — so lesen freudbestrahlend der christliche Metallarbeiter u. a. aus, „so geht's im Deutschen Metallarbeiter-Verband zu, drum kommt zu uns usw.“ Wir können die Freude im Hause unserer Gegner wohl verstehen. Handelte es sich um eine sachliche Kritik, die an der Hand konkreter Nachweise von Vorstandshandlungen geführt würde, oder aber um die sachliche Aufrollung der einzelnen Probleme innerhalb der modernen Arbeiterbewegung, dann wäre dagegen nichts einzuwenden. Das könnte uns nur freuen. Doch der unsachliche, gehässige Kampf, die in die Masse hineingeschleuderten schwersten Angriffe, die in keiner Weise sachlich motiviert werden, treffen nicht etwa den Vorstand, sondern sie schädigen das Ansehen und die Interessen der Organisation und müssen das Vertrauen zum Verbandsamt untergraben. Wir haben viele hunderttausende von Mitgliedern, die erst nach der Revolution den Weg zur Organisation gefunden haben oder finden konnten. Wir haben in den letzten Jahren eine Menge Ausland erarbeitete Gebiete, in denen unser Kollegen vor dem jahresweiligen und vorzeitig auf Vorposten kämpfen mußten. (Nebenbei: von all diesen Dingen, den unendlichen Schwierigkeiten, den unzähligen Opfern und der unendlichen Arbeit, die so mancher treue Kollege in langjähriger Arbeit leistete, hat ja ein großer Teil der heute den Mund recht voll Nehmenden keine blasse Ahnung!) Was sollen diese vielen Mitglieder, die im Vertrauen zur Organisation zu uns kamen, nunmehr sagen, wenn sie täglich in allen Tonarten hören müssen, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale „gelb“, daß ihre Führer „Söldlinge der internationalen Bourgeoisie“, daß sie das Proletariat „verkaufen“, wenn ihnen vom Morgen bis zum Abend erzählt wird von den „Arbeiterverrättern“, von dem Vorstand, der die Beschlüsse des letzten Verbandstages mit Füßen tritt usw. Es würde ein dankbares Kapitel, einmal festzustellen, wieviel Mitglieder dem D. M. V. durch dieses Treiben im letzten Jahre verloren gingen. Länger zu schweigen geht nicht an. Wir dünkt, daß wir schon reichlich lange gewartet. Greife ich aus dem Blütenkranz der in letzter Zeit gegen uns gerichteten Angriffe einiges heraus, so belegen dieselben in ihrem Kern folgendes:

„Der Vorstand mißachte den Mehrheitswillen des letzten Verbandstages und handte entgegengekehrt den in Stuttgart gefassten Beschlüssen. Der Vorstand führe die auf der Stuttgarter Generalversammlung gefassten Beschlüsse nicht aus, tue nichts zur Umstellung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden, verweigere das Räteystem, mache in Arbeitsgemeinschaften, verhandle mit dem Unternehmertum, kämpfe gegen das revolutionäre Proletariat und sabotiere die notwendigen Aktionen.“

Und dieser Dismann sei ein besonders schlechter Kerl, der mit Leipzig (bis zum Tode Karl Legiens wurde ich mit diesem Kern in dem vorgeführt) ein Schand- und Tugendbündnis mit dem Christlichen und Deutschen geschlossen. Nicht Kampf, sondern Ruhe sei seine grundsätzliche Auffassung. Er schwändle die Mitglieder an, um seine Politik zu verschleiern.“

Wir könnten diese lieblichen Stillblößen, die wir aus den kommunistischen Organen zitierten und die in konzentrierter Form auf der „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ der R.F.D., wie bei anderen Gelegenheiten zum besten gegeben wurden, in beliebiger Weise ergänzen. Doch die zitierten Kostproben dürften genügen, um sachlich auf den Kern der Angriffe eingehen zu können.

Zu dem, dem Vorstand vom Stuttgarter Verbandstag übermiesenen Aufgabengebiete u. a. auch der innere Ausbau unserer Organisation. So eine Neueinteilung der Bezirke. Dem find wir nachgekommen, nachdem die Mitglieder durch die in den einzelnen Bezirken stattgefundenen Bezirkskonferenzen ihre Meinung zum Ausdruck gebracht und der erweiterte Beirat, der nach dem Statut über diese Fragen zu befinden hat, sein Votum abgegeben. Eine Teilung der Bezirke fand statt im 1. Bezirk (jetzt zwei Bezirke: Königsberg und Stettin), im 5. Bezirk (jetzt drei Bezirke: Halle, Hannover und Erfurt), im 7. Bezirk (jetzt vier Bezirke: Bielefeld, Hagen, Essen und Köln). Einige andere Bezirke beließ der erweiterte Beirat in ihrem bisherigen Umfang, sich eine andere Einteilung für später vorbehaltend. Die Räte wurden in den einzelnen Bezirksleitungen entsprechend der erheblich gesteigerten Arbeit und den erhöhten Anforderungen vermehrt.

II.
Konferenzen einzelner Berufe und Industrie- gruppen, deren Abhaltung der Stuttgarter Verbandstag angeregt hatte, fanden in erheblichem Umfang statt. So eine Reichskonferenz der Gold- und Silberarbeiter, Diamant- arbeiter, Heizungsindustrie, Zigarettenmaschinen-

föhner, Lokomotiv- und Waggonbau, Orthopädie, mechaniker und verwandte Berufsgruppen, Schmiede, Reflektormechaniker, Sensenschmiede, Elektromonteur, Elektroindustrie usw. Hinzu kommen eine Reihe von Konferenzen der Berufe und Industriezweige (unter letzteren z. B. die Walzwerkarbeiter, Werksarbeiter etc.) innerhalb der einzelnen Bezirke oder Teilbezirke des Reiches. Bisher sind in Vorbereitung eine Reichskonferenz der Eisenbahnwerkstattarbeiter, desgleichen der Bleicharbeiter. Andere Konferenzen sind in Aussicht genommen, ihre Abhaltung wurde jedoch aus Wirtschaftlichkeitsgründen (Krisis etc.) noch zurückgestellt. Der Vorstand hat versucht, den Bedürfnissen und Notwendigkeiten in weitgehendem Sinne zu entsprechen, und zwar durchaus im Sinne des Stuttgarter Verbandstages.

Gewerkschaften und Berufsberatung

Von Conrad Braudmüller.

Wir leben in einer Zeit, in der die ökonomischen Kräfte die sie elnengenden gesellschaftlichen Formen sprengen und die Menschen neue Wege suchen, um ihre Ziele zu verwirklichen. Die Arbeiterschaft sucht immer wieder Mittel und Wege, um das alte Ziel, die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, zu erreichen. Gewiß löst der Meinungsstreit innerhalb der Arbeiterschaft über die Mittel und Wege zum Ziel in früher ungeahnten und heute tief beaurteilenden Formen. Das eine aber ist das Trübende für jeden, der mit Aufmerksamkeit die Vorgänge im Wirtschaftsleben verfolgt, daß trotz aller Zersplitterung innerhalb der Arbeiterschaft, trotz aller Hürden und Widerstände der Unternehmer der Geschichtes ehernes Maß sich vollendet in der Richtung zum Sozialismus.

Zu den Vorbedingungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, welche die kapitalistische Wirtschaft aus sich heraus entwickelt, gehört auch die Einrichtung von Berufsberatungsstellen, deren Ziel es ist, jeden Einzelnen der für ihn besonders geeigneten Stellung zuzuführen.

Es ist selbstverständlich, daß das Unternehmertum sich bei der Errichtung der Berufsberatungsstellen nicht von dem idealen Gedanken leiten ließ, der kommenden sozialistischen Gesellschaftsordnung vorzuarbeiten. Die Ursachen waren ziemlich realer Natur. Mit der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat verschwand die Bedeutung des Handwerks und mit ihm die Handwerkslehre, welche länger als ein halbes Jahrtausend die Erziehung des gewerblichen Nachwuchses geregelt hatte. Mit dem Wachstum der Industrie und der Bildung größerer Städte wurde zugleich Wohnung und Arbeitsplatz, die zur Zeit des mittelalterlichen Handwerks eng beieinander lagen, getrennt. Die Folge war, daß die Kinder, welche früher den Vater bei der Arbeit beobachteten konnten und selbst schon frühzeitig im Gewerbe mitarbeiten mußten, jetzt keine Vorstellung von der Tätigkeit und deren Anforderungen in körperlicher und geistiger Beziehung hatten. Wenn auch schon zur Zeit des mittelalterlichen Handwerks von einer Berufswahl keine Rede sein konnte, der Junge sich vielmehr in den meisten Fällen dem Beruf des Vaters zuwenden mußte, so war doch dem Zufall bei der Berufswahl und somit der Gefahr, einen Mißgriff zu tun, nicht ein so weiter Spielraum geboten wie heute. Dazu kommt, daß mit der Entwicklung der Industrie das Handwerk in einen scharfen Konkurrenzkampf gedrängt wurde, welchen es nur bestehen konnte durch die erhöhte Ausbeutung der Arbeitskräfte und vor allem der Lehrlinge, die für ihre 12- bis 16stündige Tätigkeit einen Lohn erhielten, der zur Befreiung des Lebensunterhalts nicht ausreichte. Die geringe Entlohnung und die lange Dauer der Lehrzeit aber war die Ursache der von den Handwerksmeistern so viel beklagten Lehrlingsflucht und führte, verbunden mit der zunehmenden Bezahlung der Arbeiterkraft, dazu, daß sich immer mehr die in Gewerbetrieben einwirkenden ungelerten Berufszugewandten und so das Heer der unzulänglich Beschäftigten fortwährend vergrößerten. In diesen Heer gefaselt sich dann alle diejenigen, welche sich in der Wahl ihres Berufes getraut hatten oder infolge ungenügender Ausbildung gezwungen waren, sich einer anderen Tätigkeit zuzuwenden.

Daß es nicht das Bestreben der Unternehmer war, diese industriellen Reservearmee zu verringern, welches zur Errichtung der Berufsberatungsstellen führte, geht deutlich hervor aus einem Wortwort, welches der Geh. Regierungsrat Dr. Alfred Kühne zu einer Sammlung von Aufsätzen über „Berufswahl und Berufsberatung“ herausgegeben von Dr. Maria Hillich, geschrieben hat. Nach dem er ausgeführt hat, daß die Mißgriffe bei der Berufswahl immer häufiger werden, fährt er fort:

„Daraus erweist sich das Bedürfnis, für eine planmäßige Beratung der Jugendlichen zu sorgen. Das galt besonders für die weibliche Jugend, zumal der oberen Stände, die durch die Umbildung der Hauswirtschaft ins Erwerbsleben hineingeführt worden und sich neue Wege in das Berufsleben bahnen mußten. Auf der anderen Seite begann es, dem Handwerk infolge des Wettbewerbs des Großgewerbes zum Teil an geeigneten Nachwuchs zu fehlen. Daher wurden in den verschiedensten Städten Einrichtungen geschaffen für die Berufsberatung, die sich zunächst auf die künftigen Lehrlinge des Handwerks und auf die weibliche Jugend mit höherer Vorbildung erstreckte. Sehr bald zeigte es sich, daß wirkliche Beschäftigung auf die Großstädte und die sachliche auf einzelne Berufsgruppen nicht zweckmäßig war. Die Zahl der Jugendlichen, die keinen festen Beruf ergreifen, sondern nur Hilfsarbeit wechselnder Art ausüben, nahm ständig zu und hat besonders während des Krieges einen bedrohlichen Umfang angenommen. Die Jugendlichen, die von dem Lande in

die Stadt kamen, bedurften ebenfalls der Beratung und erst recht wurden Einrichtungen notwendig, um eine Rückführung von Jugendlichen aus der Großstadt aufs Land und in die Kleinstadt zu ermöglichen. Auch für Schüler höherer Lehranstalten erwies sich eine Beratung als sehr erwünscht.“

Daß die zunehmende Arbeitslosigkeit mit ihrer Einsparung und Entlohnung einen verheerenden Einfluß auf die seelische und geistige Verfassung der Arbeitenden ausübt, welchen man nicht mit der Methode des Taylor-Systems beseitigen kann durch den Anreiz höherer Löhne, die zu zahlen ja nicht im Interesse des Unternehmers liegen, das haben die letzteren bereits erkannt. Desgleichen haben sie begriffen, daß die Arbeitsfreudigkeit einen mächtig wirkenden Faktor darstellt, und deshalb ertönt aus all ihren Reden und Schreiben der Ruf: „Jeder Mann an seinen rechten Platz! Freie Bahn dem Tüchtigen! Möglichste Ausnutzung der individuellen Kräfte und Fähigkeiten zum Nutzen der Allgemeinheit!“

Wir wissen, daß der „Nutzen der Allgemeinheit“ heute nichts anderes darstellt als den Nutzen der Unternehmer, wobei wir uns nicht verhehlen, daß Lehrer, Ärzte, Psychologen und Jugendfürsorgevereine, welche sich mit der Berufsberatung beschäftigen, den besten und uneigennützigsten Willen haben und bestrebt sind, der Jugend zu dienen. Unsere Aufgabe aber ist es, alle gesellschaftlichen Einrichtungen vom Standpunkt des Sozialismus zu betrachten, die Ursachen ihrer Entstehung, ihre Notwendigkeit darzustellen und ihre gegenwärtige Unzulänglichkeit der Arbeiterschaft vor Augen zu führen.

Die Frage der Berufsberatung ist für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung, die von jedem erkannt wird, der sich bewußt ist, daß die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht nur einen juristisch-politischen, sondern auch einen ökonomischen Akt darstellt, eine Umschaltung der Produktion, eine Überführung von Arbeitskräften und Arbeitsmitteln aus der Produktion von Luxusgütern für die Kapitalisten in die Produktion von Lebensmitteln für die Arbeiterklasse. Der sich bewußt ist, daß die Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens nicht nur ein Problem der technischen, wirtschaftlichen und politischen Möglichkeit, sondern auch ein Problem sozialistischer Erziehung ist.

Sozialismus bedeutet nicht nur Befreiung von den Fesseln kapitalistischer Lohnsklaverei, sondern auch Steigerung des individuellen Glücks empfindens, bedeutet nicht nur Befreiung der gegenwärtigen anarchisch-kapitalistischen Warenproduktion, sondern Einführung der sozialistischen Bedarfswirtschaft, deren Aufgabe es ist, mit möglichst geringer Aufwendung von Kraft ein Höchstmaß von neuen Werten zu erzeugen.

Auf Grund dieser Erkenntnis ist es selbstverständlich, daß wir der Berufsberatung unsere erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen. Auch wir haben ein Interesse daran, daß die Arbeiterüber sogar heute einer Tätigkeit zugeführt werden, zu der sie sich aus innerer Seele „berufen“ fühlen. Wir wollen daran arbeiten, daß jene Zustände, in denen ständige Unzufriedenheit und Reizungen, höchste Nachahmung oder Empfehlung oder das Füllhorn der Tageszeitungen entscheidend mitwirken bei der Wahl eines Berufes, beseitigt werden. Wenn aber auf dem letzten Verbandstag der örtlichen Gewerkschaften der Referent zu dieser Frage, Otto (Düsseldorf), dem ehemaligen Leiter der Zentralstelle für Stellungsvermittlung des Verbandes märkischer Arbeiterschaft in Berlin, Herr Otto Kense, händelndes nachbetet: „Man lebt von seiner Arbeit als dem Mittel zu dem Zweck, möglichst viel zu verdienen“, nun dann wollen wir ihm mit aller Deutlichkeit sagen, daß an dieser Lausade alle Berufsberatungsstellen nichts ändern können und werden. Heute ist die Berufsberatung nicht in erster Linie ein Mittel, um jedem entsprechend seiner Reizungen und Fähigkeiten den Weg zur Entlohnung derselben freizumachen und nach Möglichkeit zu ebnen, heute ist sie nur erst ein Verlegenheitsmittel, um den anarchischen Zuständen auf dem Arbeitsmarkt ein wenig zu steuern und vor allem dem Unternehmer ein für seine Zwecke geeignetes Arbeitsmaterial zuzuführen. Ob das persönliche Glück des Einzelnen gefördert wird, ist ihm gleichgültig. Eine Einstellung auf den künftigen Beruf, welche nicht nur die Kräfte und Fähigkeiten des Einzelnen berücksichtigt, sondern auch befreit ist, das individuelle Glück des Einzelnen zu fördern, ist erst möglich, wenn man der Arbeit den ihr anhaftenden Fluch der Lohnsklaverei genommen hat, ist erst möglich nach Aufhebung der kapitalistischen und Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. (Schluß folgt.)

Aus dem Bereiche der Betriebsräte

Betriebsräte in privaten landwirtschaftlichen Betrieben.

Der preussische Landwirtschaftsminister weist in einem Erlass darauf hin, daß anlässlich des letzten Landarbeiterkongresses in bezug auf den Bestehen der Betriebsräte in privaten landwirtschaftlichen Betrieben die Stellen von Betriebsräten nicht überall einseitig sind. Der Minister ordnet daher an, daß damit unterzüglich dort begonnen wird, wo nach dem Betriebsrätegesetz die Errichtung einer Betriebsvertretung notwendig ist. Die Landräte sind zur Berichterstattung über die Zahl der in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Privatbetriebe und über die Zahl der in jedem von ihnen tätigen landwirtschaftlichen Arbeitnehmer aufgefordert worden. Der preussische Landwirtschaftsminister hat ferner auch für die familiären anderen Regierungsbezirke außer Straßburg eine Nachprüfung darüber gefordert, ob die Betriebsvertretungen überall vorhanden sind.

es aber nicht genug, so gehen sie wieder an Bord und warten ruhig ab. Dann kommen jene wieder und legen noch immer etwas Gold zu, bis die Landarbeiter zufrieden sind. Keiner aber betrügt den anderen, denn sie zählen weder das Gold eher an, als bis die Waren damit bezahlt sind, noch zählen jene eher die Waren an, als bis das Gold genommen.“

Diese Art des Kaufvertrages, bei dem die gegenseitige Feindschaft bestehen bleibt, soll keine in der verschiedensten Erdteilen noch vorkommen. Eine beträchtlich friedlichere und höher entwickelte Form ist schon das Abhalten von Märkten in den warmen Zonen, an den Grenzgebieten der Kaiserreiche, die periodisch regelmäßig wiederkehren. Hier werden hauptsächlich Spezialartikel ausgetauscht, die in diesem Gemeinwesen vorhanden sind.

Reizender ausgedrückt ist diese Art des Handels in Afrika, wo ganze Dörfer und Stämme einen einzelnen Artikel herstellen und diesen mit Dörfern und Stämmen, welche einen anderen fabricieren, verhandeln: „Es gibt Handelsdörfer, wie die Joch, Schmiededörfer, wie die Kallongo in Uganda, deren Dörfer in einer eisenreichen Gegend liegen, es gibt Goldgräber, ferner Arbeiterkolonien, die sich mehr oder weniger ausschließlich mit Kupfer, Messing, Eisen, Silber, Schiefer, Getreide, Palmweine, Leder, Seidenwebung, mit der Herstellung verschiedener Kleiderstoffe, mit Jagd, Fischen u. a. beschäftigen; auch können solche Handelsdörfer sein, die wir unsere Hühner, als Hühner, Hühner, Gänse, Lämmer, Schafzotten usw. unter der höchsten Bevölkerung heranzüchten, ihr Leben führen. Der Verkehr zwischen allen diesen differenzierten Stämmen wird durch jährliche Märkte vermittelt.“ (Waller-Sper: „Weges der Kultur.“)

Bei den allen Völkern befindet ebenfalls noch eine sehr primitive Form des Güterauswechsels. Tacitus berichtet: „Biswohl unsere nächsten Vorgesetzten wegen des Handelsverkehrs Gold und Silber zu schätzen wissen, bleiben doch die Bewohner des Innennandes bei dem einfachsten alten Tauschhandel. Zum unseren Gelde lieben sie die alten Kunstgegenstände, die Seiden und Vigaten.“ (Germania.)

Der Handel mit fremden Stämmen folgt nun bei weitem der nächstentwickeltesten Form der Tauschhandelsweise innerhalb ein und derselben Völkers. Neben der hauptsächlichsten Arbeit für den eigenen Bedarf werden auch die Stammesgenossen freiwillig oder durch Zwang (des Lohnschutzes, Zwangs u. s. w.) noch auf eine bestimmte Tätigkeit, deren Produkt dann innerhalb des eigenen Gemeinwesens ausgetauscht wird. Eine Förderung erfolgt dieser innere Handel durch die Stämme und Völkers, welche, mit der Herstellung der begehrtesten Waren

Gompers gegen Amsterdam

Von B. Rudner (Berlin)

Durch die Presse geht die Nachricht, daß Samuel Gompers, Präsident der „American Federation of Labor“ (Amerikanische Arbeiterbund), im Einklang mit dem Exekutivkomitee sich vom Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund zurückgezogen habe, und zwar deshalb, weil Amsterdam zu revolutionär sei.

Schon auf der letzten Internationalen Gewerkschaftskonferenz in London, die im Dezember 1920 tagte, war ein kanadischer Delegierter ganz erschrocken, als er die politische Haltung und die aufgestellten Forderungen der Konferenz kennen lernte.

Eine solche primitive Geistesverfassung ist für Europa fast unverständlich und zur Kennzeichnung und zum näheren Verständnis des Entwicklungsganges von Gompers, eines typischen Vertreters des amerikanischen „unpolitischen“ Nurgewerkschaftertums, soll hier Weg hier kurz skizziert werden.

Gompers entstammt einer jüdisch-holländischen Familie in England, wo er auch geboren ist. Als Kind kam er nach Amerika und trat als junger Mensch in die New Yorker Arbeiterbewegung, und zwar als „Socialist“ ein. Mit den Pionieren der sozialistischen Bewegung, wie Alexander Jonas, der vierzigjährige langjährige Redakteur der „New Yorker Volkszeitung“, die jetzt kommunistisch orientiert ist, verband Gompers eine Kampfgemeinschaft. Es hielt ihn jedoch nicht lange und nachdem er sich mit den landesüblichen politisch anrüchigen Methoden vertraut gemacht hatte, schwang er sich zum „Leader“ (Führer) der eben gegründeten Föderation auf, ohne zunächst sein wahres Kontorziel zu zeigen.

Die Gründung des Arbeiterbundes erweckte damals, insbesondere unter allen Sozialisten, große Hoffnungen. Sogar Daniel de Leon, der sektiererisch veranlagte Führer der „Socialist Labor Party“ (Sozialistische Arbeiterpartei), eine kleine Parteigruppe, die heute noch besteht, stellte sich und das Organ „People“ (Volk) in den propagandistischen Dienst des Bundes.

Im Jahre 1895 trat dieser Parteimitte aus dem Bund der „Knights of Labor“ (Ritter der Arbeit) aus, nachdem die Ausschließlichkeit, innerhalb dieses Bundes sozialistisch wirken zu können, entgegengesetzt wurde.

Auch hier währte es nicht lange und de Leon und seine Partei wurden von der von Gompers betriebenen Politik enttäuscht und gaben daher jede Hoffnung auf diese „korrupte“ Föderation beinahe auf. Deshalb ging de Leon daran, eine Konkurrenzgewerkschaft, die „Socialist Trade and Labor Alliance“ (Sozialistische Gewerkschaft und Arbeiterallianz) zu gründen, die aber niemals eine besondere Bedeutung erlangte.

Nun setzte auch der scharfe Kampf untereinander ein und zugleich der theoretische Streit, ob die Gewerkschaften von innen oder von außen revolutioniert werden sollen. Die große sozialistische Landpartei, die den Namen „Socialist Party“ führt, entschied sich in ihrer Mehrheit für die Methode von innen heraus, um letzten Endes die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu wahren.

De Leon und seine Partei arbeitete in entgegengesetzter Richtung, ähnlich der heutigen Methoden der Kommunisten.

Die Politik von Gompers selbst ist von beiden sozialistischen Parteien beurteilt worden. Gompers wurde unter Kreuzfeuer genommen und in der Abwehr geriet er immer mehr auf die abschüssige Bahn eines Renegaten, der keinen sicheren Boden unter den Füßen hat. Seine Partei, der er einstmalis diene, verleumdete er nun in der schamlosesten Weise, nach umgekehrter Moskauer Art, nur um seine unmögliche und nicht zu rechtfertigende Politik zu beuten.

Gompers verlor in der Folge jeden moralisch-politischen Halt und trat deshalb auch ehrenhalber als Vizepräsident in die „Clivic-Federation“ ein, ein amerikanischer Schachmacherverband, in welchem die bekannten Blutsatzen lagen und darüber nachgrübelten, wie man systematisch die sozialistische Bewegung hemmen und die Arbeiterklasse von Gompers 1909 Europa bereiste, hielt es deshalb Kautskys für seine Pflicht, in der von ihm damals geleiteten „Neuen Welt“ Gompers der deutschen Arbeiterschaft vorzustellen.

Aber das Korrespondenzblatt griff Kautskys damals in der bestmöglichen Weise an, so daß er in der Notwehr gezwungen war, zu sagen, jedes Argument von dieser Seite sei „ein Nachtopf und kein Leuter“. Kautskys Verbrechen sollte damals, nach Ansicht Regens und Genossen, darin bestanden haben, die internationale Verbindung der Arbeiterschaft zu hemmen.

Wir wissen ja nun, daß Gompers während des Krieges allen nationalen Delirien Vorschub leistete. Daß er jetzt zwischen sich und Amsterdam das Tischchen zerschneidet, ist nur die logische Folge seiner ganzen abschüssigen „Entwicklung“ und Gesinnung. An den amerikanischen Arbeitern muß es zunächst nun liegen, hier Remueur zu schaffen. Die kleine sozialistische Opposition in der Föderation ist durch den Krieg sehr geschwächt worden. Wir zweifeln aber nicht daran, daß letzten Endes die ökonomischen Verhältnisse das drängen so notwendige Aufklärungs- und Kampfarbeit zu vollenden werden. Dann wird auch dieser letzte der Tribünen seine so ungeliebte Mission erfüllt haben.

Fast Kautskys ist heute glänzend gerechtfertigt und seine Beurteilung und Warnung vor 12 Jahren, Gompers betreffend, ist leider nur zu begründet gewesen. Ob Kautskys Widersacher darob heute Bewußtseinsbisse empfinden?

An der geschickten Kritik der Amsterdamer Internationale wird es nun liegen, wenigstens die paar sozialistisch orientierten Verbände in den Vereinigten Staaten, wir denken da vor allem an die Ergarbeiter des Westens und an die jüdischen Gewerkschaften, heranzuziehen, um eine kleine Brücke der Verständigung zwischen dem europäischen und amerikanischen Proletariat herzustellen.

Ihrer Heimat vertraut, die Produktion derselben in der Fremde fortsetzen. Von jetzt ab ist der Austausch mit fremden Dörfern usw. nicht mehr so notwendig, da man vieles in der Nähe bekommen kann, die Erzeugung der Gegenstände aber auch die Mitglieder des eigenen Stammes erlernen. Der Grundstein zum Handwerk, welches sich bald entwickelt, ist damit gelegt; jeder arbeitet hierbei schon größtenteils für andere, die Eigenproduktion nimmt ab.

Zu größerem Umfang betrieben jedoch erst die antiken Völker, wie Phönizier und Griechen usw., den Handel. Anfänglich noch sehr schwach, wuchs er im Laufe der Zeit mächtig heran, verbreitete sich über weite Gegenden, ja ganze Staaten, die mittlerweile entstanden waren. Ihre Haupthandelsobjekte waren Schmiedgegenstände, welche sie als Einzelart Rohprodukte für ihren Bedarf nahmen, sowie Gold, das nunmehr erzielte. Durch den Verkehr zu hoher Kultur emporgestiegen, ging man in den Staaten des Abendlandes auch bald zu Industrieunternehmungen über. Große Fabriken, durchaus kapitalistischer Natur, entstanden, deren Inhaber viel Geld verdienten.

Dieser Entwicklungsgang legten die Völker des mittleren und westlichen Europas im wesentlichen ebenfalls zurück, bis zum heutigen Stand unserer Wirtschaft, während das Altertum längst verfallen war.

II. Geld.

Der jeweilig erkömmliche Stufe des Handels entspricht stets das vorhandene Austauschmittel oder Geld. Oben haben wir, daß es bei dem ursprünglichen gegenseitigen Verkehr noch nicht bestand, dortselbst vielmehr Gebrauchsgüter gegen Gebrauchsgüter verhandelt wurden. Eine Änderung tritt ein, sobald sich das Kaufgeschäfts stabilisiert, insbesondere Nachfrage nach bestimmten Gegenständen, wie Weile, Felle usw., vorhanden ist. Der Inhaber dieser Artikel kann für dieselben, da solche sehr begehrte sind, alle mögliche bekommen und so ist es klar, daß sich die Produkte, mit welchen am meisten gehandelt wird, als Geld festsetzen. Bei den Naturvölkern finden wir denn auch je nach ihrer Tätigkeit die verschiedensten Arten dieses Naturgeldes. Hier sind es Felle und Felle, dort Kleidungsstücke und Erze, im Norden Pelze, ja sogar Frauen gelten als Kaufsmittel. Allmählich werden aber nur noch Metalle, Kupfer, Silber und Gold wegen ihrer Dauerhaftigkeit, Zellbarkeit und leichten Transportfähigkeit, zuerst als Schutz auf den Markt kommend, verwendet. Anschließend wird das als Geld dienende Metall gewogen; die Gewichte bestehen aus Fruchtkörnern. Verschiedene Völker des Altertums schmolzen das Gelmetall

Primitiver Handel und ursprüngliches Geld

Von Hermann Herberich, Rosenberg.

I. Handel.

Der sich in den letzten Jahrhunderten so mächtig entwickelte Handel ist das Produkt einer ungelerten Zeitraume umfassenden Entwicklung. Von Abendland ausgehend, verbreitete er sich, im Laufe der Zeit auch wiederum in höheren Formen einwirkend, allmählich über ganz Europa. Selbstverständlich waren die ursprünglichen Stufen des Handels sehr einfacher Art, da sie jedoch den ersten Schritt auf dem Wege zu unserem heutigen Wirtschaftssysteme bilden, dürfte es von Interesse sein, einiges über die primitiven Formen mitzuteilen. Nunweg sei gesagt, daß es heute noch Naturvölker gibt, welche über diese ursprünglichen Verhältnisse nicht hinausgekommen sind.

Der Warenverkehr beginnt, wo die Gemeinwesen stehen, an den Punkten ihrer Kontakt mit fremden Gemeinwesen oder Stämmen (anderer Gemeinwesen). (Sper: Kapital Bd. I.) Man sagt sich hier also, daß der Warenverkehr zunächst zwei getrennten Gemeinwesen zustande kommt, und zwar an den Grenzen ihres Gebietes. Geld entsteht auf dieser Stufe noch nicht, da nur Tauschverhältnisse bestehen, wo Ware gegen Ware verhandelt wird. Kautskys schreibt auch die Bedeutung dieser Artikel ganz richtig, nicht ihnen wird ihnen Wert aufgegeben, indem dieser Handel auf Tauschverhältnisse keinen Anspruch erheben kann und in längeren oder kürzeren Zwischenräumen stattfindet. Jeder stellt ja noch alles zu einem eigenen Bedarf selbst her. Dementsprechend besteht das Austauschmittel erst zur Schließung einer bestimmten Periode für diese Produkte.

Je nach der Natur der einzelnen Völker ist natürlich auch die Art ihres Handels verschieden, weshalb wir uns die einzelnen Formen teilweise etwas näher betrachten wollen. Zunächst sei ein Stiel aus Waller-Sper's „Weges der Kultur“ erwähnt, nach welchem Handel folgendes erzählt: „Denn die Landbewohner (Stammes) an die westlichste Küste kommen, haben sie ihre Waren aus und legen sie an Strände der Küste nach hin, dann gehen sie wieder in ihre Höhlen und machen einen großen Haufen. Wenn nun die Eingeborenen diesen Haufen sehen, so kommen sie an das Meer und legen für die Waren Geld hin und gehen dann wieder weit weg von dem Meer. Die Landbewohner aber gehen an das Land und sehen nach, was denn das Geldes genug ist, so setzen sie es nach Jahren nach Hause. In

Der schwedische Metall-Industriearbeiterverband in den Kampf- und Streifenjahren 1914 bis 1921

Von Karl Lund, Stockholm, Redakteur des „Metallarbetaren“.

In Schweden, das den Vorteil gehabt hat, während des Weltkrieges der geringen Mindezahl von europäischen Ländern anzugehören, die neutral bleiben konnten, wurde die gewerkschaftliche Bewegung nicht denselben Anstrengungen und Einwirkungen, wie die Arbeiterorganisationen der kriegsführenden Länder, ausgesetzt. Die Bewegung hat also ungehindert von solchen Beeinflussungen sich ihrer ursprünglichen und während der Leuzerungen bedeutungsvollsten Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder gegen die Unternehmern zu verteidigen, widmen können. Die Arbeiterbewegung Schwedens wurde dagegen nicht ernstlich vor die Aufgaben gestellt, die in den kriegsführenden Ländern nach dem Friedensschlusse zu einer so starken Aktualität angewachsen waren, daß ihre Lösung gefordert wurde, wie zum Beispiel die Frage der Sozialisierung, der industriellen Arbeiterkontrolle usw. Damit ist nicht gesagt, daß diese für die Arbeiterklasse so bedeutungsvollen Fragen ohne Beachtung seitens der Arbeiter Schwedens gelassen wurden. Im Gegenteil haben sie mit dem größten Interesse die Entwicklung dieser Fragen in den großen Ländern Europas verfolgt und sind in der südlichen Lage, die Erfahrungen vom Auslande, in dem Maße, daß dieselben für die schwedischen Verhältnisse anwendbar sind, verwerten zu können. Für die Anstrengungen, die in dieser Hinsicht gegeben wurden, sind die Arbeiter Schwedens den ausländischen Klassenbrüdern vielen Dank schuldig.

Während der vergangenen Kriegsjahre ist die gewerkschaftsbewegung auch in Schweden stark und schnell angewachsen. Die Mitgliederzahl der Landesorganisation Schwedens ist von 101.207 am Ende des ersten Kriegsjahres 1914 auf 283.194 am 30. September 1920 gestiegen. Am letztgenannten Tage war die Zahl der der Landesorganisation angeschlossenen Fachverbände 32 mit zusammen 378 Ortsvereinen. Bezüglich der Landesorganisation ist es auch wert, zu erwähnen, daß diese während des Jahres 1920 1.239.428 Kronen Unterstützung bei Ausprägungen — sie ist nämlich nur bei Arbeiterkämpfen zu Unterstüßungen verpflichtet — ausgezahlt hat. Auch die geringe Zahl von Verbänden, die aus dem einen oder anderen Grunde noch nicht der Landesorganisation angeschlossen sind, haben ihre Mitgliederzahl in der Zeit zu eigenen Vermögen, neben einer lebhaften allgemeinen Tätigkeit.

Der Metallindustriearbeiter-Verband Schwedens, dessen Tätigkeit während der vergangenen Jahre und dessen gegenwärtige Lage hier kurz geschildert werden soll, ist in numerischer Beziehung stark gewachsen und seine Tätigkeit, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu wahren, ist nicht gering gewesen. Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug am Ende des Jahres 1914 30.584 und am Ende des Jahres 1919 69.014. Der Mitgliederzuwachs hat sich trotz der nachher eingetretenen wirtschaftlichen Depression im Laufe des Jahres 1920 fortgesetzt. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres 1920 70.000.

Es muß in diesem Zusammenhange bemerkt werden, daß diese Zahlen nicht die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter in der Metallindustrie ausmachen. Obgleich der Metallindustriearbeiter-Verband Schwedens in seiner Agitation und Organisation den seitens der Landesorganisation festgelegten Grundlag von Industrieverbänden hauptsächlich mit dem Inhalt, daß sämtliche Arbeiter einer Industrie in dem Verbands, der die Hauptmasse der Arbeiter dieser Industrie zusammenschließt, organisiert sein sollen — anwendet, ist jedoch ein Teil der Arbeiter in der Metallindustrie anderen Verbänden angeschlossen. Im erster Linie haben die Former eine Sonderorganisation mit etwa 5500 Mitgliedern. In diesem Verbands, der ebenfalls der Landesorganisation als auch der Metallarbeiterinternationalen angegliedert, stehen wir in allerbesten Beziehungen. Die Flektionsmonteure haben ebenfalls einen eigenen Verband, der einer der gesammten Vereinigungen angeschlossenen ist. Außerdem haben andere Fachverbände, wie Klempner, Goldschmied u. a. einige Tausend Mitglieder in der Metallindustrie. Man dürfte also berechnen können, daß die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter der Metallindustrie in Schweden sich auf etwa 85.000 beläuft. Die Gesamtzahl der Arbeiter in der schwedischen Metallindustrie dürfte 110.000 betragen.

Bezüglich der Frage der Organisationsform kann erwähnt werden, daß der Verband energisch für eine erfolgreiche Durchführung des Grundgesetzes der Industrieverbände eintritt. Aus diesem Grunde nimmt unser Verband keine Mitglieder anderer Industrien auf. Die Mitglieder, die unser Verband in diesen Industrien gehabt hat, wie Reparaturwerkstätten usw., werden allmählich zu ihren eigentlichen Organisationsgebieten zurückgeführt.

Oben ist schon gesagt worden, daß die Gewerkschaftsbewegung Schwedens während der Kriegsjahre ihre Tätigkeit darauf konzentriert hat, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Dies gilt besonders für den Metallindustriearbeiter-Verband. Wir halten die Informationsarbeit der Organisationsform der Metallarbeiterorganisationen im Auslande für unsere Mitglieder auch deshalb für äußerst notwendig, weil der im allg. bestehenden internationale Metallarbeiterkongress in Berlin organisierte Umfassungen der Metallarbeiterinternationalen bringen soll, die die Schlagkraft und Kampffähigkeit derselben wesentlich erhöhen sollen. Wir hoffen bis zum Beginn des Berliner Kongresses von unseren Brüdern jedes Landes einen Bericht vorzulegen, den die Schriftleitung.

Währten, welche man so lange am Arm trug, bis sie beim Austausch abgeworfen waren. Das ständige Abwägen sowie Prüfen der Echtheit des metallenen Geldes wurde aber bei dem Emporkommen des Handels immer lästiger. Um dieses zu vermeiden, verfaben große Kaufleute Münzen von Gold und Silber mit einem Stempel, was die Garantie für ein bestimmtes Gewicht und den notwendigen Feingehalt dieser Münze bedeutete. Doch galt dieses Metallgeld wieder nur für besondere Münze; waren diese vorüber, schmolz man es ein. Dieses währte so lange, bis die Kupfermünzen und später die Staaten die Herstellung von Münzen als ihr alleiniges Recht in die Hand nahmen. Die ersten obersten und ältesten Münzen haben nach Herodot, und neuere Forschungen bestätigen die Angabe, die Lyder geprägt. Es sind ovale Metallplättchen, die auf der einen Seite eine Anzahl paralleler Streifen zeigen, auf der andern einige unregelmäßige Vertiefungen.“ (Höflich, Geld, Münz- und Währungslehre.) Die Germanen nannten die Münze obigen Jütat aus Lactius, „Germania“ durch die Römer.

In früheren Zeiten betrieben aber die Staaten usw. mit der Münzprägung einen ziemlich großen Unfug. Gerieten geistliche wie weltliche Fürsten in Schulden, und dies kam nicht zu selten vor, so wählten sie die Münze leichter aus oder gaben ihnen einen beträchtlichen Prozentsatz schlechterer Metall. Diese Münzverschlechterung hatte große Dimensionen angenommen.

Nachdem das Geld so weit entwickelt war, entstanden schon früh aus dem Bankett, die sich mit dem Ausbessern und Wechseln von Münzsorten beschäftigten. Derartige Einrichtungen hatten schon die Araber, Phönizier, Babylonier und nachher die Griechen und Römer. „Bei letzteren“, sagt Döll, „war bis zur Zeit der Kreuzzüge der Bankett ausschließlich Geldwechsler.“

Doch auch hier blieb der Mensch nicht stehen. Sein Geist erschauete auch nach Papiergeld, Banknoten, Wechsel und Schecks zur Vereinfachung des Güterverkehrs. Mit der Zeit beherrschte das Geld vollständig die Stunde; die größten Unselbstigkeiten wurden zu seiner Erzeugung begangen, gewaltige Kriege geführt, und mit Recht läßt Shakespeare in seinem Tragedien „Romeo und Julia“ Romeo zum Dämon sagen, als er Gift kauft, um Selbstmord zu begehen:

Da ist dein Geld, ein schlimmes Gift den Seelen
Der Mensch, das in dieser ullen Welt
Mehr Noth verdrüß, als diese armen Dämonen,
Die zu verkaufen dir verboten ist.
Sch gebe dir Gift; du verkaufst mir Feins.

hat, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Dies gilt besonders für den Metallindustriearbeiter-Verband. Diese Tätigkeit war auch notwendig, denn die Verteuerung der Lebenshaltung hat sich sofort nach Ausbruch des Krieges fühlbar gemacht und ist jedes Jahr schlimmer geworden. Und noch heute, wo die Zukunft im Zeichen der industriellen Krise so finster ausliegt, hat die Leuzer keine starken Tendenzen zur Abnahme gezeigt. Nach offiziellen Angaben hat die allgemeine Steigerung der Lebenshaltung vom Juli 1914 bis 1. Oktober 1920 181 Prozent betragen. In welchem Maße unser Verband diese Steigerung hat ausgleichen können, ist unmöglich mit genauen Zahlen zu beweisen, man kann aber ruhig behaupten, daß die diesbezüglichen Bestrebungen des Verbandes gute Ergebnisse gezeitigt haben.

Unser Verband, der im Jahre 1888 gegründet wurde, hat seit seinem Bestehen kaum solche große Aufgaben zu bewältigen gehabt, wie diejenigen, die ihm während der letzten Jahre auferlegt wurden. Von allen Sektoren und Werkstätten wurde das Eingreifen des Verbandes gefordert. Unterhandlungen über die gestellten Forderungen sind zu Hunderten in jedem Jahre geführt worden. Einige Zahlen bezüglich der Zahl der während der letzten Jahre geführten Bewegungen können die Tätigkeit illustrieren. Im Jahre 1914 blieb die Zahl der direkten Lohnforderungen im Rahmen der vorangegangenen Jahre. Schon 1915 hat sich eine nicht unbedeutende Steigerung der Bewegungen bemerkbar gemacht, sie ist von 100 auf 152 gestiegen. 1916 stieg die Zahl der Bewegungen auf 212 und 1917 auf 290, um im Jahre 1918 eine besonders starke Steigerung auf 462 zu erfahren. In dem darauffolgenden Jahre 1919, wo die Konjunktur zu sinken begann, ist auch die Zahl der Bewegungen auf 328 zurückgegangen.

Diese Zahlen umfassen aber bei weitem nicht alle Bewegungen und Unterhandlungen, die während dieser Jahre geführt wurden. Alle diese Lohnbewegungen haben begreiflicherweise nicht ohne offene Konflikte — Streiks und Ausperrungen — zu Ergebnissen geführt. Solche sind während der hier in Frage kommenden Jahre im ganzen 140 ausgebrochen worden. Außer diesen Konflikten, die von unserem Verbande ausgefordert wurden, hat der Verband an einer großen Zahl seitens anderer Gewerkschaften geführten Konflikte teilgenommen.

Während des Jahres 1920 hat sich die Arbeit auf dem Gebiete der Lohnbewegungen fortgesetzt. Gewisse Umstände haben dem Jahre den Charakter eines Kampfsjahres gegeben. Wie dem ausländischen Kollegen bekannt sein wird, ist die Arbeitszeit in der schwedischen Industrie durch Reichstagsbeschlüsse auf höchstens 48 ordentliche Arbeitsstunden pro Woche festgesetzt. Dieses Gesetz ist am 1. Januar 1920 in Kraft getreten und gilt für alle Industriearbeiter, außer denen, die in Industrien mit kontinuierlichen Betrieben beschäftigt sind. Für diese letzteren — die im Organisationsgebiet des Verbandes hauptsächlich in der Schmelzindustrie vorkommen — trat das Gesetz am 1. Juli desselben Jahres in Kraft.

Als das Gesetz in Kraft getreten war, haben die vom Gesetz betroffenen Arbeiter in der Metallindustrie den Unternehmern Forderungen auf Entschädigungen für die auf diese Weise abgetriggerte Arbeitszeit und außerdem gewisse Forderungen bezüglich der Verteilung der Arbeitszeit gestellt. Solche Entschädigungen wurden verweigert und Streiks zur Durchführung der Forderungen sind schon vom 2. Januar an und mit allmählicher Erweiterung von Betrieb zu Betrieb ausgebrochen. Um der streikenden Arbeitern die finanzielle Unterstützung abzuschneiden, wurde von der Organisation der Unternehmer die Ausperrung vom 2. Februar ab angeordnet. An den auf diese Weise erweiterten Konflikten nahmen von etwa 300 Maschinenfabriken über das ganze Land rund 31.000 unserer Mitglieder und von 87 Eisenwerken rund 14.000 Mitglieder teil. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Metallindustriearbeiter-Verbandes, die an diesen Kämpfen teilnahmen, war also 45.000. Auch die übrigen Gewerkschaften mit Mitgliedern in der Metallindustrie nahmen an den Kämpfen mit etwa 15.000 ihrer Mitglieder teil. Das Ergebnis der Bewegungen war eine Vereinbarung, die man als einen Sieg der Arbeiter bezeichnen kann.

Der Verband war also an den Kämpfen mit dem größten Teil seiner Mitglieder beteiligt. Einer stärkeren Belastungsprobe, selbst bei dem Generalstreik 1909, war unser Verband noch nie unterworfen. Während des langen Konfliktes ist der Zusammenhalt der Mitglieder tadellos gewesen. Diejenigen, die an den Kämpfen teilnahmen, haben während dieser schwierigen Zeit Proben eines begeisterten Willens zum Siege abgelegt und diejenigen, die in den Betrieben beschäftigt blieben, haben ebenso starke finanzielle Solidarität und Opferwilligkeit gezeigt. Diese Kämpfe, die Entscheidungskämpfe, haben dem Verbands an Unterstüßungen eine Gesamtsumme von 4.084.571 Kronen gekostet.

Gleichzeitig mit diesen Kämpfen hat auch ein anderer Konflikt über das ganze Land, wenn auch mit wenig Mitgliedern, ausgebrochen werden müssen: der Kampf der Rohrleger. Dieser Kampf wurde gleichzeitig mit den Kämpfen in der Maschinen- und Schmelzindustrie abgeschlossen. Die Unterstüßungen, die im Kampfe der Rohrleger für den Streik ausgezahlt wurde, belief sich auf 240.000 Kronen. Außer diesen beiden, das ganze Land umfassenden Kämpfen, ist der Verband im Jahre 1920 auch in einer großen Zahl von Betrieben zu offener Aktion gezwungen gewesen. (Schluß folgt.)

Betrachtungen über den Streik in Beverfusen

Nachdem der fünf Wochen währende Streik in Beverfusen sein trauriges Ende erreicht hat, soll er etwas kritisch beleuchtet werden. Was war die äußere Ursache des Kampfes? Der alte Arbeiterrat war durch ein kommunistisches Abstrauensodium zum Rücktritt gezwungen worden. Die Neuwahl ergab einen „Sieg“ der Kommunisten. Bei Erledigung der Rohrarbeiten hatten 26 Kollegen Überstunden gemacht, die von 25 Kollegen anstandslos an den nächsten Tagen abgefordert wurden. Einem Kollegen wurde das Abfeiern dieser Überstunden nicht gestattet. Entgegen dem Rat des Arbeiterrates, erst das Resultat der diesbezüglichen Verhandlung abzuwarten, feierte auch dieser Kollege die Stunden ab. Hierauf erfolgte seine Entlassung. Die Betriebsleitung erließ nun ein Rundschreiben an die Betriebsführer, wonach das „Abbumeln“ der Überstunden nicht mehr gestattet werden sollte. In einem Protokoll zum Reichstare der chemischen Industrie ist festgelegt, daß das Abfeiern von Überstunden nicht verlangt werden darf, doch wo die Möglichkeit vorlag, wurde es den Arbeitern gestattet. Aber die Entlassung des Kollegen und die Berechtigung des Unternehmerrundschreibens hatte zunächst die Schlichtungsinstanz zu entscheiden. Sie wurde nicht angerufen. Die kommunistischen „Führer“ beratschlagten sofort, wie dieses Vorkommen zu einer großen Aktion verarbeitet werden könnte. Kurzerhand wurde eine Durchbrechung des Achtstundentages konstruiert und die Mitgliederversammlungen der Verbände bearbeitet, um sie für einen großen Streik gefügig zu machen. Der Zeitpunkt des Streikbeginns sollte erst später durch die Organisationsvertreter bestimmt werden. Einen solchen Plan zu entwerfen, ohne dessen Wirkung auf die 800 Arbeiter des Werkes zu berücksichtigen, war das Werk kommunistisch „erprobter“ Gewerkschaftsführer. Nun geschah das Sonderbare. Einer dieser „Führer“ (Heinz Specht) ist der Name dieses „Revolutionärs“) ließ nun ohne Wissen der anderen Strategen in der Versammlung der Fabrikarbeiter beschließen: „Die am nächsten Tage stattfindende Betriebsrätekonferenz der chemischen Industrie (Bezirk Köln) möge bestimmen, daß mittags 12 Uhr die Arbeiter der Firma Bayer in den Streik treten sollen.“ Die Betriebsrätekonferenz lehnte dieses Ansinnen ab und entsandte einige Kollegen, um der bereits im Betriebe verbreiteten Streikparole entgegenzuwirken. Raum waren die Abgesandten im Betriebe, so ging von anderer Seite die Parole aus: Die Konferenz hat jedoch den Streik beschlossen, alles muß heraus. Folge: Großer Wirrwarr unter der Belegschaft, die den Betrieb verließ. Die englische Besatzungsbehörde verlangte nun die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk). Den Oleumbetrieb betradete sie, im Gegenfatz zur Anordnung im vorigen Jahre, als nicht lebenswichtig. Firma und Arbeiterchaft kannten die große Gefahr, die mit einem etwaigen Erliegen dieses Betriebes verbunden war. Die „Führer“, welche erlärten, alle Verantwortung auf sich zu nehmen, wollten wohl die Kol-

landsarbeiten im Oleumbetrieb verrichten lassen, knüpften aber Bedingungen daran, von denen Ablehnung sie vorher überzeugt waren. Jeder sehende Mensch würde, welche Folgen es für die Arbeiterchaft hatte, wenn der Oleumbetrieb zu Bruch ging. Nachdem der Oleumbetrieb gepöppelt war, konnte es nur noch eine Niederlage der Arbeiter geben. Für eine große Zahl von Arbeitern ist die Arbeitsmöglichkeit auf lange Zeit genommen. Alle Anstrengungen der Betriebsleitung und der kommunistischen Gewerkschaftsführer, darunter der Bevollmächtigte unserer Verwaltungstelle in Opladen, Kollege Dordörfer, den Streik auf „breitere Grundlage“ zu stellen, hatten nicht den gewünschten Erfolg. Wenige Stunden nach Ausbruch des Streiks erklärte Kollege Oberdörfer den Streik für verloren. Diese Ansicht hatte ihren Grund in der Tatsache, daß das „revolutionäre“ Vorgehen des ergrauten Kommunisten Specht (Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes in Wiesdorf) den Plan zur Schaffung der „breiten Grundlage“ zunichte machte. Jetzt war es aber für die Drahtzieher Zeit, andern Deuten die Schuld an dem sicheren Zusammenbruch des Streiks aufzuladen. Was zog bei der „Masse“ besser, als auf den „Verrat der Gewerkschaftsvorstände“ aufmerksam zu machen, die den Streik nicht finanzierten, weil sie einen Pakt mit dem Kapital geschlossen haben. Wer aber der Reaktion den Rücken steift, haben die wirklichen Gewerkschaftler bei diesem Streik erfahren. Die „Revolutionäre“ haben in Wiesdorf dem Boden gepflegt, um dem mühsam verscharrten „gelben Unkraut“ wieder zur Blüte zu verhelfen. Das ist der Erfolg des Streiks in Wiesdorf. Von den sonst 8300 Beschäftigten bleiben zirka 2000 auf der Straße. Die Rechte der Arbeiter, die sie sich im Laufe der Zeit erungen hatten, sind größtenteils in Frage gestellt. Es wird an der Arbeiterchaft selbst liegen, sich des Ernstes und der Schwere ihrer Lage bewusst zu werden, in die sie in unverantwortlicher Weise hineingetrieben wurde. Wer in der Nähe stand und eine Übersicht über die inneren und äußeren Vorgänge gewonnen hat, weiß, welches Verbrechen an der Arbeiterbewegung in Wiesdorf begangen worden ist. Viele unserer besten Kollegen sind bisher nicht wieder in den Betrieb hineingelommen. Jetzt heißt es ausgepackt! Die Zerstückelung der Organisation sind am Werke, um das Tende der Arbeiterchaft größer werden zu lassen. Kollegen, seht euch die „revolutionären Maulhelden“ an, die meist nur eine kurze Gaskolke geben. Erkennt, was sie sind: Schrittmacher der Reaktion!

„Das goldene Handwerk“

Die „Westdeutsche Bauhilfe“, der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Essen, hat neuerdings die dritte Auflage seiner Schrift: „Die Preisermittlung im Maurer- und Zimmerergewerbe“ herausgegeben. Diese Schrift gibt jedem, der sich über „angemessene Preise“ unterrichten will, die klarsten Aufschlüsse über das Fundament, auf dem das „goldene Handwerk“ eines goldenen Zeitalters blüht. Der ikonische Aufbau der Schrift ist musterträchtig, insofern wenigstens, als in der Mitte des mit vieler Mühe aufgebauten Werkes eine Zahl aufleuchtet, die jedem Unternehmerherz einige Atmosphären Pulskraft zuführt und jedem Konsumenten und Bauherrn das Mut in den Auen zum Erstarren bringt. Mit mathematischer Genauigkeit rechnen nämlich die Unternehmer Rheinlands hier aus, daß der „angemessene Preis“ für die Geschäftszusätze eines Baubetriebes nicht mehr und nicht weniger als 56,073 Prozent der produktiven Lohnsumme beträgt. Das ist fürwahr ein „goldenes Handwerk“, das diesen goldenen Schnitt errechnet hat. Was bedeutet diese Zahl für die Baupolitik der öffentlichen Organe, die diesen „angemessenen Preis“ als Grundlage für die Vergütung ihrer Arbeiten machen sollen? Machen wir uns diese Forderung an einigen Zahlen klar.

Angenommen, es handle sich im Rheinland um den Bau von 10.000 Bergmannswohnungen, die eine Bauumme von rund 1 Milliarde Mark erfordern. Hiervon sollen nach Angabe der Unternehmer 1/3 auf Arbeitslohn und 2/3 auf Material entfallen. Sehen wir für den Arbeitslohn den Buchstaben A, für Material den Buchstaben M, für Geschäftsumkosten den Buchstaben G und rechnen wir für den Unternehmergewinn 10 Prozent von 1 Milliarde Mark, dann erhalten wir die Gleichung A+M+G=900 Millionen Mark. Aus dieser Gleichung errechnet sich der Arbeitslohn auf rund 270 Millionen Mark, der Materialwert auf rund 480 Millionen Mark und die Geschäftsumkosten auf rund 150 Millionen Mark. Auf den Bau einer jeden Wohnung entfallen demnach rund 15.000 M Geschäftsumkosten und 10.000 M Gewinn.

Fragen wir uns, wie die Unternehmer zu einem derartig hohen Geschäftsumkostenfaktor kommen, dann finden wir die Erklärung sehr leicht in folgender Zahlenrechnung: Wir haben in Deutschland etwa rund 20.000 privatkapitalistische Bauunternehmerbetriebe. Im letzten Baujahr haben wir in Deutschland etwa 50 bis 60.000 neue Wohnungen gebaut. Auf jeden Unternehmer entfallen demnach rund 2 bis 3 neue Wohnungsbauten. Die privatkapitalistischen Unternehmerbetriebe können bei diesem geringen Bauprogramm ihre Betriebsanlage nicht im entferntesten ausnützen. Das muß natürlich auf die Erhöhung der Geschäftsumkosten einwirken. Gibt es doch heute Unternehmer, die ihren vollen Lebensunterhalt und die Vergütung ihrer Produktionsmittel durch die Arbeitskraft von nicht mehr als 3 bis 5 Bauarbeitern herauswirtschaften lassen. Das ist ein unhaltbarer Wirtschaftszustand. Wenn das Privatkapital über die vielen Beamten klagt, die durch produktive Arbeitskräfte ernährt werden müssen, dann stellen wir die Gegenfrage: Haben die vielen Tausende privatkapitalistische Unternehmerbetriebe ein Recht darauf, sich von 3 bis 5 produktiv arbeitenden Kräften ernähren zu lassen? Kann das deutsche Volk es sich leisten, den Bau von jährlich 60.000 Wohnungen für etwa 6 Milliarden Mark in den technisch rückständigsten Baubetrieben ausführen zu lassen und in diesen Baubetrieben fast 1 Milliarde Mark Geschäftsumkosten aufzubringen? Das Baugewerbe ist heute noch das technisch-wirtschaftlich rückständigste Gewerbe, das wir in Deutschland haben, obgleich in ihm fast doppelt soviel Arbeiter tätig sind wie zum Beispiel im Bergbau. Die Arbeitskraft der Bauarbeiter kann daher nicht zur höchsten nationalökonomischen Entfaltung gebracht werden. Solange die privatkapitalistischen Gemmungen bestehen, muß die Entwicklung der Baubetriebe stillstehen.

Wir haben im Baugewerbe einen Überfluß an Aften und einen Mangel an neuen Produktionsmitteln. Die deutsche Bevölkerung muß alle veralteten Baubetriebe mit ernähren. So verlangen die Essener Unternehmer, daß das deutsche Volk jedem kleinen Privatbetrieb einen Risikoausschlag für Geschäfts- und Zinsverluste gewährt, obgleich dieses Risiko durch Erweiterung der Betriebsbasis wesentlich herabgemindert werden könnte. Der Erweiterung der Betriebsbasis steht aber das Privatkapital entgegen.

Matheson sagte bei der Beratung über die Sozialisierung der Stoffe sehr richtig: „Der Mann, der heute eine 100pferdige Dampfmaschine in Betrieb hat, die 12 Kilo Dampf pro Pferdekraft verbraucht, gilt als ein schäbischerer Mitsbürger und ist in Wirklichkeit ein volkswirtschaftlicher Verbrecher.“

Wenn wir unseren Begriff über die Wirtschaftlichkeit der Betriebe genügend verfeinern, dann müßten wir auch Bauunternehmerbetriebe, die heute noch Bauten mit einem Geschäftsumkostensatz von 56 Prozent ausführen, auf mindestens 3 Monate Fußstaus beneiden. Wir rechnen derartige Betriebe jedoch zu den Kategorien des „goldenen Handwerks“ und berufen die Leiter dieser Betriebe in die Handwerks- und Handelskammern. Sollen die öffentlichen Organe, die Siedlungs-gesellschaften, die Städte und auch die privaten Auftraggeber zu preiswerten Wohnungsbauten kommen, dann handeln sie im wohlüberstandenen eigenen Interesse, wenn sie nicht die privatkapitalistischen Unternehmerbetriebe, sondern die gemeinwirtschaftlich arbeitenden sozialen Baubetriebe unterstützen.

Diesen Aufsatz entnehmen wir der neugegründeten Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“, herausgegeben vom „Verband sozialer Baubetriebe“. Die Zeitschrift behandelt in klarer und durchschlagender Weise die Verhältnisse auf dem Bauparkt und ist als Kämpfer für die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens nur zu begrüßen. Die Schriftleitung.

